

Niederschrift

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus am Dienstag, den 10.05.2011 um 17:00 Uhr im Sitzungssaal des Hauses Burgstr. 8.

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Rolf Schäfer (Vorsitzende/r)	ab 17.05 Uhr
Ursula Brand	
Rafael Krauskopf	Vertr. für R. Röhlig
Dietrich Lunderstädt	
Dr. Jörg Rieger	
Rolf Schulte	Vertr. bis 18.15 Uhr für Ch. Schlüter
Klaus Steinmüller	
Annette Verhees	Vertr. für M. Grüterich
Christian Viebach	Vertr. ab 18.15 Uhr für Ch. Schlüter

Sachkundige/r Bürger/in

Henry Betz
Andre Böhlig
Detlef Förster
Dieter Strukmeier
Petra Tissarek-Bleichert

Beratende Mitglieder

Tobias Vieregge

von der Verwaltung

Ute Butz
Sönke Eichner
Ilona Perkuhn
Schriftführerin

Gäste

J. Becker	Stadtsportverband
M. Fenner	Fachberatungsstelle
M. Rogalski	Schuldnerberatung
P. Rothausen	Geschäftsführer Caritas
M. Thomaßen	Fachberatungsstelle

es fehlt:

Ayhan Saglam	Beratendes Mitglied
Wolf-Rainer Winterhagen	Beratendes Mitglied

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

- | | | |
|----|---|--------------|
| 1. | Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses am 14.02.2011 (öffentlicher Teil) | |
| 2. | Schuldnerberatung | IV/0128/2011 |
| 3. | Fachberatungsstelle für Wohnungslose | IV/0129/2011 |
| 4. | Oberberg Pass | IV/0131/2011 |
| 5. | Sportförderung | IV/0132/2011 |
| 6. | Mitteilungen und Fragen | |

(Öffentlicher Teil)

1. **Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses am 14.02.2011 (öffentlicher Teil)**
-

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Sport und Tourismus vom 14.02.2011 (öffentlicher Teil) zur Kenntnis.

2.	Schuldnerberatung	IV/0128/2011
-----------	--------------------------	---------------------

Der Schuldenberater Michael Rogalski stellt den aktuellen Sachstand der Caritas-Schuldnerberatung dem Ausschuss vor.

Die sog. „offene Sprechstunde“ als Soforthilfemaßnahme gibt es in Radevormwald schon seit 2009. Die Beratungsstelle kann jeden Montag zwischen 16 und 18 Uhr aufgesucht werden.

Die „offene Sprechstunde“ beinhaltet als erste Sofortmaßnahmen

- Maßnahmen zum Vollsteckungsschutz
- Sicherung der Existenz und des Einkommens
- Aufgliederung der Schulden, d.h. sortieren der Unterlagen zum Überblick
- ggf. Ausstellung einer Bescheinigung für ein Pfändungsschutzkonto (die gibt es seit dem 01.07.2010)
- Einleitung von Forderungsregulierungen z.B. Stundungen bei Gläubigern
- Psychosoziale Hilfestellung je nach Krankheitsbild

In der Zeit bis zur eigentlichen Schuldenregulierungsberatung, z.B. über ein Verbraucherinsolvenzverfahren, ist der Schuldner vor Maßnahmen seiner Gläubiger geschützt.

Fallzahlen im Caritasverband 2010:

- insgesamt wurden 495 Klienten betreut, davon in Radevormwald 62 Personen. Von diesen 495 Klienten wurden 313 Beratungen abgeschlossen, in Radevormwald wurden alle Beratungen abgeschlossen.
- 403 Klienten (ca. 80 %) mussten ein Verbraucherinsolvenzverfahren eröffnen.
- es gab 253 Neuaufnahmen – davon 47 in Radevormwald –
- 108 Fälle kamen aus dem SBG II (Nachweis von 100 Personen pro Träger gegenüber dem Oberbergischen Kreis gemäß Vertrag)

Zur Tendenz im laufenden Kalenderjahr, so Herr Rogalski, zeige sich eine drastisch steigende Terminnachfrage ab. Es kann Wartezeiten bis zu 6 Monaten geben. Fälle aus dem SGB II werden zeitnah, d.h. hier beträgt die Wartezeit max. 2 Monate, bearbeitet.

Eine zunehmende Zahl von Leiharbeitern, von Ein-Euro-Jobbern, aber auch von geringfügig Beschäftigten sieht Herr Rogalski als Ursache für den wachsenden Bedarf an Schuldnerberatung und Hilfe bei drohender Überschuldung. Hier reicht das Geld nachweislich nicht aus, um Zahlungsverpflichtungen und Tilgungen nachzukommen

Ein Trend war bereits seit der Einführung des Pfändungsschutzkontos Ende 2010 sichtbar. Für die Gerichte wurde dies zur Mehrbelastung.

Dr. Rieger fragt, welche berufliche Qualifikation ein Schuldenberater haben muss und was man im Vorfeld tun kann, um es gar nicht erst soweit kommen zu lassen.

Herr Rogalski erläutert, dass verschiedene Berufsarten bei den Beratern vertreten sind, so u.a. Diplomsozialarbeiter, Juristen, Bankkaufleute und Steuerberater.

Präventive Arbeit z.B. an Schulen sei seines Erachtens wünschenswert, aber personell nicht zu leisten.

Herr Strukmeier stellt die Frage, ob man nicht mehr Beratungsmöglichkeiten schaffen könne. Der Caritasgeschäftsführer, Peter Rothmann, erklärt, dass man gerne im Vorfeld mehr machen würde, aber dazu fehlten einfach die finanziellen Mittel.

3. Fachberatungsstelle für Wohnungslose**IV/0129/2011**

Die Fachberatungsstelle für Wohnungsnot im OBK wurde vor mehr als 10 Jahren eingerichtet. Die Beratung zielt darauf ab, die Schwierigkeiten, die mit Obdachlosigkeit verbunden sind, abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhindern. Die Beratung und persönliche Unterstützung des Hilfesuchenden beinhaltet insbesondere:

- Existenzsicherung
- die Erlangung und Sicherung einer Wohnung
- Vermeidung von Wohnungsverlust
- Herausführung aus sozialer Isolation
- die Sicherung des Zugangs zu den Sozialsystemen
- die Motivierung zur Inanspruchnahme bedarfsgerechter Hilfen.

Herr Wilfried Fenner von der Fachberatungsstelle für Wohnungsnot erläutert, dass die Fachberatungsstelle über drei feste Standorte verfügt: Gummersbach, Radevormwald und Wald-

bröl. Zusätzlich werden in Hückeswagen, Wipperfürth Wiehl und Lindlar einmal pro Woche Sprechzeiten angeboten.

Der größte Teil der Wohnungslosen fällt heute nicht mehr als Mensch, der in der Fußgängerzone auf seinem Rucksack sitzt auf. Der größte Teil dieser Menschen haben eine persönliche, durch einschneidende Ereignisse geprägte Lebenssituation oder eine Geschichte, die jedem widerfahren kann.

Die meisten von ihnen schlafen bei Freunden und Bekannten und tauchen in den Notunterkünften gar nicht erst auf.

Frau Mirjam Thomaßen (Diplomsozialarbeiterin) von der Fachberatungsstelle (FBS) der Caritas ist für den Nordkreis des Oberbergischen Kreises zuständig.

Frau Thomaßen erläutert dem Ausschuss, dass sie Ihre Hauptaufgabe darin sieht, in Beratungsgesprächen die Einkommenssituation abzuklären, die Schulden und deren Hintergrund zu erfahren, evtl., wenn eine Wohnung nicht mehr zu sichern ist, sich um neuen Wohnraum zu kümmern.

Weiterhin muss der Hintergrund der Not erfragt werden. Daran schließt sich die Klärung, ob durch Ratenzahlungen etwas erreicht werden kann oder ob vielleicht ein Darlehen aufgenommen werden muss, sei es beim Sozialamt oder beim Jobcenter.

Frau Thomaßen selbst schafft u.a. auch Präsenz, indem sie auch beim Mittagstisch im Wartburghaus zugegen ist. Den Zweck darin sieht sie, dass die Menschen die bestehende Schwellenangst überwinden und sie auch vor Ort ansprechen.

Das so viele Menschen in ihrer Wohnungsnot erreicht werden konnten, ist auch ein Ergebnis der guten Kooperation der Fachberatungsstelle vor allem innerhalb des Gemeindepsychiatrischen Verbundes, mit Jobcentern, Sozial- und Ordnungsämtern.

Herr Fenner berichtet, dass 2010 die Mitarbeiter der FBS 682 Personen in schwierigen Lebensphasen erreicht haben. Jeder 7 bis 8 Fall sei aus dem Nordkreis gekommen. Es handelte sich um Personen zwischen 40 und 60 Jahren.

Gummersbach hat derzeit 15 Personen ordnungsrechtlich untergebracht.

Der Vorsitzende fragt nach, ob der Wohnraum in der Kaiserstr. 133 a noch genutzt wird. Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Gästen der Schuldnerberatung und der Caritas und gibt Herrn Strukmeier jetzt die Gelegenheit, das Thema der BMX-Strecke aufzugreifen, da einige Jugendliche der Sitzung beiwohnen und gern über den derzeitigen Sachstand aufgeklärt werden möchten.

Frau Butz erklärte, dass die Nutzung der Strecke „Oberm Kümpel“ nicht von der Stadt, sondern von der Forstbehörde untersagt worden ist. Die Dezernentin teilte weiter mit, dass man derzeit im zuständigen Fachbereich drei Flächen prüfe, die in Frage kommen könnten.

4. Oberberg Pass**IV/0131/2011**

Der erste Oberberg Pass wurde im Oktober 2010 ausgegeben. Mit diesem Pass können Bedürftige in einfacher Form nachweisen, dass sie Vergünstigungen und Ermäßigungen in Anspruch nehmen können.

Ein genereller Anspruch auf vergünstigte Leistungen wird aber mit diesem Ausweis nicht begründet.

Jeder öffentliche und private Leistungsanbieter entscheidet daher selbst, ob er Vergünstigungen und Ermäßigungen anbietet.

Den Pass erhalten alle Hilfeempfänger der Leistungen wie Arbeitslosengeld II und Sozialgeld beim zuständigen Jobcenter Oberberg oder wer Leistungen nach dem SGB XII bezieht, erhält seinen Pass beim zuständigen Sozialamt.

Die Anträge sind entweder beim Jobcenter oder beim Sozialamt der jeweiligen Gemeinde zu stellen.

Wenn die zuständige Stelle den Leistungsbezug bestätigt, wird der Antrag an den Caritasverband für den Oberbergischen Kreis e.V. in Gummersbach weitergeleitet, der für die Ausstellung des Ausweises zuständig ist.

Der Geschäftsführer der Caritas, Herr Peter Rothausen, berichtet dem Ausschuss, dass dieser Pass 1 Jahr Gültigkeit hat.

Der Ausweis in Scheckkartenformat wird dem Hilfeempfänger kostenlos per Post zugestellt. 2000 Pässe wurden bisher ausgegeben, allerdings so Herr Rothausen, gibt es 28.000 Berechtigte im Oberbergischen Kreis.

Beim Oberbergischen Kreis wird ein Verzeichnis mit allen Anbietern der Leistungen geführt. Dieses Verzeichnis wird ständig aktualisiert und den Jobcentern Oberberg und den örtlichen Sozialämtern zur Verfügung gestellt.

Herr Rothausen beklagt, dass die OVAG keine Vergünstigung gewährt.

Es wird in Erwägung gezogen, dass auch die Asylbewerber einen Anspruch auf diesen Pass haben sollten.

Der Vorsitzende regt an, dass auch Radevormwald sich anschließen sollte, Vergünstigungen und Ermäßigungen anzubieten.

5. Sportförderung**IV/0132/2011**

Mit Antrag vom 03.02.2011 hat die SPD Fraktion -Dr. Rieger- beantragt, dass die Verwaltung darlegen möge

1. Wie viele und welche personellen Ressourcen sind durch Umorganisation und Wegfall im Sportbereich ggf. mittelbar und unmittelbar in den vergangenen drei Jahren eingespart worden bzw. sollen künftig planbar eingespart werden (u.a. Anteile der Hausmeisterstellen, Wegfall der Stelle des Sportkoordinators etc)?

Ende 2010 ist ein Mitarbeiter in die passive Phase der Altersteilzeit eingetreten. Die Stelle in der Sportanlage des Schulzentrums ist nicht wieder besetzt worden. Die Aufgaben wurden den drei Schulhausmeistern übertragen. Die Stelle in der Verwaltung für die Bereiche Sportverwaltung, Sportkoordination und Sportförderung wurde um die Hälfte reduziert. Weitere Personaleinsparungen sind nicht geplant.

2. Welche quantitativen und qualitativen Folgen ergeben sich hieraus aus Sicht der Verwaltung für Aufgaben und Angebote des Sportbereichs?

Es werden nach wie vor alle Aufgaben im Bereich Sport erfüllt. Die Angebote mussten nicht eingeschränkt werden.

In Bezug auf die Stelle in der Verwaltung sind Umorganisationen erfolgt. Teile der Aufgaben wurden auf andere Mitarbeiter verteilt, andere Aufgaben werden vom Stadtsportverband wahrgenommen. Mit dem Stadtsportverband wurde eine einvernehmliche Regelung gefunden. Danach nimmt dieser seine Aufgaben der Sportverwaltung eigenständig wahr. Dies sind schwerpunktmäßig

- Beratung der Mitgliedorganisation
- Organisation, Durchführung und Dokumentation des Sportabzeichens
- Ausleihe des Gerätepools
- Vergabe von freien Sportstättenkapazitäten

In der Verwaltung werden weiterhin folgende Aufgaben erledigt

- strategische Ausrichtung des Sports in Radevormwald
- Mitwirkung bei Bau, Sanierung und Unterhaltungsarbeiten an Sportstätten
- Anschaffung und Unterhaltung der Geräte
- Schaffung von Sportgelegenheiten
- Vermietung von Sportstätten an Auswärtige für spezielle Veranstaltungen
- Pflege des Belegungsplanes
- Vergabe von Belegungszeiten für den Wettkampfspielbetrieb

3. Welche dieser Aufgaben und eventuelle Aufgaben der Tourismusförderung könnten aus Sicht der Verwaltung durch Dritte (z.B. Sportvereine wahrgenommen werden?

Wie oben geschildert werden bereits Aufgaben, die bisher von den Mitarbeitern der Verwaltung erledigt worden sind, vom Stadtsportverband wahrgenommen.

4. Welche finanziellen Ressourcen können hierfür ggf. zur Verfügung gestellt werden?

Da es sich um freiwillige Ausgaben handeln würde, besteht keine Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung.

Dr. Rieger stellt der Verwaltung im Ausschuss erneut die Frage nach den quantitativen und qualitativen Folgen für Aufgaben und Angebote des Sportbereiches, insbesondere lassen die Maßnahmen am Jahnplatz zu wünschen übrig.

Herr Eichner setzt den Ausschuss davon in Kenntnis, dass die Qualität einzig und allein von dem Angebot der einzelnen Vereine abhängig ist. Sportstätten seien zudem ausreichend vorhanden.

Auf die Qualität des Jahnplatzes angesprochen, erwidert Eichner, dass dieser Platz aufgrund des Sportstättenentwicklungsplanes aus dem Bedarf heraus genommen wurde und bereits seit 20 Jahren abgängig ist.

Die Qualität zeigt sich bei den Anlagen insgesamt an der guten Wartung und auch die Verkehrssicherungspflicht wird allgemein sehr ernst genommen.

Zur Quantität ergänzt Eichner, dass die Hausmeister zwar nicht dauerhaft zur Verfügung stehen, aber durch ihre Rufbereitschaft immer sofort vor Ort sein können.

6. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende informiert den Ausschuss darüber, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses das Thema „Bildung und Teilhabe“ (BUT) auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Rolf Schäfer
Vorsitzender

Ilona Perkuhn
Schriftführerin